Morgen-Ausgabe
Nr 150 67 Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Sonnabend, 5 April 1919

Groß-Berlin

Sind sie so schuldlos?

Oeffentliche Bewirtschaftung oder Freihandel.

Die Obst- und Gemüsehändler haben, wie berichtet, gegen die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" und gegen die Berliner Stadtverwaltung schwere Anklagen gerichtet. Das System der öffentlichen Bewirtschaftung hat nach Ansicht dieser Interessengruppe „verheerend und vernichtend" für die deutsche Volksernährung gewirkt, „Hunderttausende Zentner Obst und Gemüse sind dem Verderb anheimgefallen. Die Gewinnaufschläge, die die Reichsstelle, deren Unterorganisationen, Kommunalverbände, Stadtverwaltungen, Kommissionen und andere erzielt haben, stellen in der Form komplette Kriegsgewinne dar und bedeuten eine schamlose Ausbeutung des deutschen Volkes." So heißt es in der angenommenen Entschließung der Obst- und Gemüsegroßhändler.

Magistrat und Reichsstelle haben auf diese Beschuldigungen geantwortet. Die Antwort des Berliner Magistrats haben wir mitgeteilt, die Veröffentlichung der Zuschrift der Reichsstelle für Gemüse und Obst erübrigte sich, da sie nur ein schwacher Auszug der Magistratserklärung ist. Da Magistrat und Reichsstelle auf die Hauptanklagepunkte „Verderb der Ware, komplette Kriegsgewinne, schamlose Ausbeutung des deutschen Volkes" überhaupt nicht eingehen, sondern nur die reichliche Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse herausstreichen — über Obst schweigt man sich wohlweislich völlig aus —, so haben auch wir nicht die Aufgabe, die Behauptungen der Großhändler irgendwie zu entkräften. Die Anklagen bleiben offen und weder Reichsstelle noch Magistrat sind der Verantwortung enthoben. „Komplette Kriegsgewinne" und „schamlose Ausbeutung" sind Anwürfe, die man nicht gerne auf sich sitzen läßt. Die reichliche Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse ist eine kleine Uebertreibung der Behörden. Gewiß, es war im vorigen Jahre besser als im Jahre 1917, aber die Auswahl ließ zu wünschen übrig und die Preise waren beinahe unerschwinglich für die werktätige Bevölkerung.

Aber die, die den Stein erheben, sind sie so schuldlos und so eifrige Wächter der öffentlichen Wohlfahrt, daß sie anklagen dürfen? Die Motive zu dem Kampf sind offensichtig. Die Großhändler wollen Bewegungsfreiheit, sie wollen weder durch staatliche noch durch kommunale Einschränkungen in ihrem Geschäfte beengt werden. Am letzten Ende kommt es ihnen nur darauf an, so leicht und so viel wie nur möglich verdienen zu können. Die Volksinteressen schiebt man im Kampfe gegen den Gegner in den Vordergrund, aber kümmern tut man sich verteufelt wenig darum. Der Großhandel behauptet, er hätte es besser gemacht, ich glaube, bei einem etwaigen Versuch hätte das Volk die Kosten tragen müssen. Bei einem beschränkten Angebot wäre der Freihandel ein gewagtes Experiment gewesen. Die oberen Zehntausend hätten gewiß in Hülle und Fülle gehabt, aber das Gros der Bevölkerung, das die Preise nicht hätte erschwingen können, hätte gedarbt, und der Großhandel hätte die Massen trotz aller Volksfreundlichkeit hungern lassen. Keine moralische Entrüstung wegen dieser Behauptung, man hat Beweise dafür, in Berlin, anderswo, beim Bundesgenossen, bei den Neutralen und sogar beim Gegner. Die Geschäftstaktik und die Geschäftsmoral sind international. Ein Beispiel, wenn's beliebt, aus der Gegenwart — die Gemüse- und Obstgroßhändler können die Hände in Unschuld waschen — es sind nur die Eier-Groß- und Kleinhändler. Der Handel mit inländischen Eiern ist jetzt freigegeben und siehe da, die vaterländischen Hühner legen wieder Eier, aber nur für 1,50 Mark das Stück. Bei der Beschlagnahme mit festgesetzten Höchstpreisen — sie waren sich ihres Wertes bewußt — streikten sie, aber nun gackern sie wieder so fleißig, daß man die Produkte ihres Fleißes öffentlich anpreisen muß. Gewiß, die mit dem vollen Geldbeutel können jetzt mandelweise die nahrhaften Dotter schlecken, aber die weniger Bemittelten müssen auch bei dem freien Handel zusehen, wie es den anderen schmeckt. So würde es wahrscheinlich auch bei der Freigabe der übrigen Nahrungsmittel sein, auf die der Handel „preisend mit viel schönen Reden" dringt. Nein, solange gesteigertes Angebot nicht regulierend auf die Preisfrage einwirken kann, dürfen die nötigsten Lebensmittel nicht dem freien Handel überlassen werden. Die Erfassung und Verteilung müssen nach wie vor fest in der Hand des Staates und der Kommunen bleiben, damit ist freilich nicht gesagt, daß Schlamperei, Korruption und Bureaukratie einen Freibrief haben.

Wenn die Behörden etwas energischer eingreifen möchten — es schadet nichts, wenn hie und da Geschrei entsteht, auch von seiten des Handels — dann wäre es wohl möglich, daß die Allgemeinheit besser ernährt werden könnte. Auf den Schleichhandel haben wir schon zur Genüge hingewiesen, wir haben es auch nicht unerwähnt gelassen, daß man für sehr viel Geld in den Berliner Hotels, Restaurants und an vielen anderen Stellen schwelgen kann wie vor dem Kriege. Alle möglichen schönen Sachen, die man im öffentlichen Handel schon seit Jahren nicht mehr sah, sind hintenherum zu haben. Was bei der Rationierung grammweise zugewogen wird, kann man im Schleichhandel zentnerweise kaufen, freilich nicht billig. Zur Marmeladebereitung fehlt es an Zucker; Bonbons, Sahnenbaisers und alle möglichen Leckereien werden in Mengen hergestellt. Die Brotration kann nicht heraufgesetzt werden, aber feines Gebäck, Kuchen, Torten usw. sind in allen Konditoreien zu erhalten. Wäre es da nicht angebracht, wenn man auch in Berlin den Antrag der Frankfurter Stadtverordneten stellen und annehmen würde, in dem gefordert wird: 1. Schließung der Konfituren- und Zuckerwarengeschäfte, Beschlagnahme und Feststellung der Zuckervorräte. 2. Verbot der Herstellung von feinem Gebäck und Kuchen in Konditoreien, Hotels und Cafés. Aehnliche Maßnahmen könnte man auch gegen die Schwelgereien in den Restaurants treffen. Dem Schleichhandel würde dadurch einigermaßen Einhalt geboten werden.

Man kann Schiebern und Wucherern keine Moral predigen, aber Leuten, die nicht gern mit diesen Zeitgenossen auf eine Stufe gestellt werden wollen, muß gesagt werden, daß sie sich um das Vaterland wohl verdient machen würden, wenn sie die Verbindungen, die jetzt so geschätzt sind, mit diesen dunklen Ehrenmännern abbrächen. Wenn man den Gaumen auch nicht so kitzelt, wie es das Portemonnaie erlaubt, und wenn man dem Magen etwas Enthaltsamkeit drainiert, man braucht deshalb noch nicht zu verhungern. Aber man bekämpft dadurch den Schleichhandel, trägt zu einer Besserstellung der Volksernährung bei und arbeitet damit an der Versöhnung und Verständigung innerhalb der Mitbürger.

h. h.

Die ersten ausländischen Lebensmittel in Berlin.

Speck, Fett und Mehl.

Die Lebensmittel aus dem Ausland sind nun doch endlich in größeren Mengen unterwegs. Wie wir hören, sind bereits etwa 3000 Zentner amerikanischen Weizenmehls in Berlin eingetroffen. Schon in den nächsten Tagen sollen weitere Sendungen eintreffen. Es wird dann sofort mit der Verteilung des Mehles an die Groß-Berliner Bevölkerung begonnen werden.

*

Auf das Telegramm des Hansa-Bundes an den Reichsernährungsminister „vor allen gesetzlichen und organisatorischen Schritten eine sofortige Verbesserung der Volksernährung herbeizuführen, und zu diesem Zwecke dem Handel unverzüglich Betätigungsfreiheit zu verschaffen, insbesondere zur Ausnutzung des persönlichen Kredits und ferner, wie mitgeteilt wurde, keine Nahrungsmittelreserve aus den Ententelieferungen anzulegen", antwortet der Reichsernährungsminister, „daß eine Aufspeicherung der vom Auslande hereinkommenden Waren nicht beabsichtigt ist, sondern deren sofortige Verteilung erfolgen wird."

Neue Spielklubrazzia. Sieben Spielklubs hat die Kriminalpolizei wieder kontrolliert. Sie bestanden in der Kurfürsten-, Lützow-, Bülow-, Potsdamer Straße, am Karlsbad und Unter den Linden zum Teil schon länger, zum Teil waren sie in Räumen, die früher von älteren Klubs schon benutzt wurden, neu errichtet. Alle Besucher wurden zur Nachprüfung, ob sie auch sämtlich Klubmitglieder sind und ob sich auch gewerbsmäßige Glücksspieler unter ihnen befinden, festgestellt. Alle Klubs waren auch von Frauen besucht, die ja jetzt überall gleichberechtigt sind.

Ein Raub unter Anwendung eines betäubenden Giftes lag einer Anklage zugrunde, welche gestern den erst 20jährigen Kaufmann und Telephonisten in einem Spielklub, Willi Schmidt, vor das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts III führte. Der Angeklagte ist eine typische moderne Großstadtpflanze. Neben einer Beschäftigung als Telephonist in einem Spielklub, welche ihm täglich 50 Mark Gehalt und ebenso viel Trinkgeld einbringt (!), betreibt er einen schwunghaften Handel mit Kokain, einem dem Morphium ähnlichen, bei längerem Mißbrauch nervenzerrüttenden Gift. Am 7. März d. Js. suchte der Angeklagte eine sogenannte heimliche Nachtbar in der Motzstraße auf, in deren Hinterraum eine sogenannte „Privatgesellschaft" tagte. Gegen 4 Uhr morgens verspürte der Inhaber der Bar, der mit dem Angeklagten Champagner getrunken hatte, plötzlich ein lebhaftes Unbehagen und Schlafbedürfnis, welches ihn zwang, sich sofort zu Bett zu legen. Als er am nächsten Mittag mit allen Anzeichen einer Kokainvergiftung erwachte, fehlte seine Brieftasche mit 4500 Mark. Wie die Anklage annimmt, hat der Angeklagte dem Barinhaber das Gift in den Champagner geschüttet und sich dann auf der Toilette versteckt gehalten bis die Wirkung eintrat. Der Angeklagte, welcher hochnobel im Hotel „Fürst Bismarck" wohnte, wurde einige Tage später verhaftet, nachdem er in einem Spielklub ziemlich erhebliche Summen verloren hatte. Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Der Gerichtsarzt Dr. Marx bekundete als Sachverständiger, daß die von dem Zeugen geschilderten Erscheinungen die einer Kokainvergiftung seien. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus. Von Rechtsanwalt Dr. Frey wurde geltend gemacht, daß der Sachverhalt doch nicht so aufgeklärt sei, um einen völlig unbescholtenen Menschen zu verurteilen. Das Gericht beschloß die Vertagung und Ladung weiterer Zeugen.

Der tägliche Spartacus-Prozeß.

Mosse-Haus und Lichtenberg.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stand gestern der ehemalige spartacistische Kommandant der Besatzung des Mosse-Hauses während der Januar-Putsche, Kaufmann und Schaufensterdekorateur Ewald Max Wingering. Der 27 Jahre alte Angeklagte hat den Feldzug mitgemacht, ist dreimal verwundet worden und hat das Eiserne Kreuz zweiter Klasse erhalten. Er wird durch die Anklage beschuldigt, Landfriedensbruch begangen zu haben, mit einem bewaffneten Haufen widerrechtlich in die Gardedragonerkaserne eingedrungen zu sein, als Rädelsführer der Besatzungstruppe im Mosse-Hause vorgestanden und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz begangen zu haben. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld als Verteidiger beantragte die Vertagung, da der ihm als Zeuge unentbehrlich erscheinende Leutnant Bachmann, der jetzt zur Ostschutztruppe gehört, nicht an Gerichtsstelle hat erscheinen können. Dieser Zeuge habe im Auftrage der Regierung mit dem Angeklagten und zwei anderen Beteiligten über die Räumung des Mosse-Hauses verhandelt und ihnen zugesagt, daß sie wie Kriegsgefangene behandelt werden würden und ihnen Straffreiheit zugesichert werde. Der Verteidiger beantragte ferner die Ladung des Reichspräsidenten Ebert und des Ministerpräsidenten Scheidemann zum Beweise dafür, daß auf Beschluß des Rates der Volksbeauftragten den Mitgliedern der Mosse-Besatzung Straffreiheit zugesagt worden sei. Endlich wurde die Herbeischaffung der über die Straffreiheit sprechenden Urkunden beantragt. Dieser schriftlich aufgefaßte „Friedensvertrag" sei unter dem Vorgeben, daß man das Schriftstück verstempeln lassen müsse, dem Angeklagten aus der Hand genommen worden, es müsse aber doch in der Reichskanzlei noch vorhanden sein. Der Staatsanwaltschaftsassessor Rothmann widersprach den Anträgern. Daß von der Zusicherung einer Straffreiheit nicht die Rede gewesen sei, sei dem Angeklagten, der sich mit einer Beschwerde an die Reichsregierung gewandt hatte, von dieser klar und deutlich in der Ablehnung seiner Beschwerde bedeutet worden. — Der Angeklagte selbst verblieb dabei, daß eine solche Straffreiheit in aller Form zugesichert worden sei. Der Gerichtshof beschloß nach langer Beratung die Vertagung der Sache. Zum nächsten Termin soll der Leutnant Bachmann vorgeladen und die über den freien Abzug der Besatzung sprechende Urkunde herbeigeschafft werden. Die Ladung der Herren Ebert und Scheidemann wird nach Erledigung des zweiten Beschlusses vorbehalten.

*

Als Teilnehmer an dem Sturm auf das Postgebäude in Lichtenberg stand gestern der Rangierer Walter Kaptaina vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts III. Am 8. März wurde bekanntlich das Postgebäude von den Spartacisten, die mit Gewehren und Maschinengewehren schossen, erstürmt. Da jene in der Ueberzahl waren, mußten sich die Besatzungsmannschaften ergeben. Nachdem die Angreifer eingedrungen waren, bekam der Soldat Wichmann plötzlich einen Kolbenschlag und als er sich umsah, bemerkte er den ihm bekannten Angeklagten, der ihn schüttelte und ihm zurief: „Du bist auch bei den Halunken?!" Nach der Behauptung des Soldaten soll der Angeklagte ein Gewehr und Patronentaschen bei sich getragen haben, was der Angeklagte bestreitet. Er will ohne seinen Willen bei der Erstürmung des Postgebäudes von der Menge hineingedrängt worden sein, dort habe ihm jemand ein Gewehr in die Hand gedrückt, welches er aber sofort beiseite gestellt haben will. Der Gerichtshof hatte keinen Zweifel, daß der Angeklagte sich an der Erstürmung beteiligt und sich des schweren Aufruhrs schuldig gemacht habe. Nur mit Rücksicht auf seine Jugend und seine Unbescholtenheit sah der Gerichtshof von der Verhängung einer Zuchthausstrafe ab und erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Massenversammlung der Angestellten in der Metallindustrie.

Gestern nachmittag strömten Tausende von streikenden Angestellten in der Metallindustrie nach dem Sportpalast, um dort den Bericht der Streikleitung über den bisherigen Verlauf des Ausstandes entgegenzunehmen. Das Hauptreferat hielt Gramm vom Bunde der technisch-industriellen Beamten. Ueber der Versammlung lag eine gereizte Stimmung, die sich in zahlreichen, an die Adresse der Arbeitgeber gerichteten Zurufen äußerte. Gramm gab einen Ueberblick über die Vorgänge, die zum Streik führten und verwahrte sich dabei besonders gegen die Unterstellung, als hätten die Angestellten, bzw. deren Vertreter den Streik frivol heraufbeschworen. Bisher ständen in 150 Betrieben rund 35 000 Angestellte im Ausstande, wobei allerdings zu bedauern wäre, daß die Kollegen bei den Firmen von Borsig, Julius Pintsch und bei dem Berliner Zentralbureau der Akkumulatorenfabrik Oberschöneweide infolge besonderer Abmachungen mit den Unternehmern noch abseits ständen. Hinsichtlich der Verhandlungen, die jetzt geführt würden, könne er versichern, daß die Streikleitung strikte auf Erfüllung der aufgestellten Forderungen bestehen werde, solange sie die Mehrheit der Angestellten hinter sich habe. Es empfehle sich aber, daß noch Vertreter der einzelnen Branchen zu den Verhandlungen vor der Schlichtungskommission hinzudelegiert würden.

Bublitz vom Zentralverband der Handlungsgehilfen gab bekannt, daß bei der Firma Julius Pintsch die Angestellten soeben eine Abstimmung herbeigeführt hätten mit dem Resultat, daß mit 276 gegen 79 Stimmen beschlossen worden sei, ebenfalls sofort in den Ausstand zu treten, wenn die Streikleitung es fordere. Durch Aufklärung müßten auch die Angestellten der beiden anderen Betriebe für den Streik gewonnen werden. Nachdem dann noch Thiel vom Gewerkschaftsbund gesprochen hatte, gelangte einstimmig folgende Entschließung zur Annahme:

„Die am 4. April im Sportpalast versammelten streikenden Angestellten der Berliner Metallindustrie nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß sich in diesem ersten großen Arbeitskampfe der Angestellten die Solidarität auf das beste bewährt hat, da die überwiegende Mehrzahl aller Kollegen in den Ausstand getreten ist. Die versammelten Angestellten verurteilen es aber auf das schärfste, daß sich die Kollegenschaft einzelner Betriebe dazu bereit gefunden hat, durch gewisse Zugeständnisse der Arbeitgeber die Solidarität zu brechen, und hoffen, daß auch diese wenigen Kollegen sich der allgemeinen Bewegung sofort anschließen werden. Der Verlauf der bis zum Ausbruch des Streiks geführten Verhandlungen beweist, daß es den Arbeitgebern zwar darum zu tun war, Frieden zu haben, daß sie aber nicht bereit waren, den Angestellten, die durch die ungeheure Verteuerung aller Lebensbedürfnisse unbedingt erforderlichen Gehaltserhöhungen zu bewilligen. Bei

---

Deutsches Theater.

Neu einstudiert: „Der arme Heinrich" von Gerhart Hauptmann.

Geläutert durch ein Zeitgeschehen ohnegleichen, steigt die Tragödie des armen, geschlagenen Heinrich von Aue vor unseren Augen wieder auf, ein großes Symbol der Menschheit unserer Tage, eine tiefe Frage an das Schicksal ihrer Zukunft. Wird ihr die gläubige, zum Opfertod bereite Ottegebe erstehen? Wird sie erlöst werden, ehe das Messer des Arztes von Salerno die Opferbereite dahinrafft?

Gewaltig wie vor Jahrzehnten, als wir dies Drama zum ersten Male an der gleichen Stätte sahen, wirkt sein Aufbau; von wundervoller Harmonie ist die Szenenführung, von seltener Reinheit und Lauterkeit die Sprache. Dabei schreckt der Dichter nicht vor den stärksten Affekten der Bühnenmöglichkeit zurück; die Worte, mit denen Heinrich sein Leiden bekennt: „Vernehmt, ich, Euer Herr, Heinrich von Aue, bin unrein!" stellen den Höhepunkt dar von Theaterkunst, auf Wirkung angelegt.

Einst war Rittner von dem wer jüngst selbst ein Stück sahen, der arme Heinrich; heute ist es Paul Hartmann. Stark ist auch er im Leiden wie im Entsagen; aber die Tiefe der Erschütterung in Rittners Darstellung erreicht er nicht! Helene Thimig ist für die Rolle der Ottegebe sozusagen geboren. Ihrem kleinen, herzensweichen, liebeerfülltem Wesen ist die Opferbereitschaft ein Naturbedürfnis; wundervoll erklärt uns das ihr Spiel, wie sie mit jedem Blick an dem siechen Herrn hängt, wie aus Interesse Mitleid, aus Mitleid Liebe, aus Liebe Opfersehnsucht wird, wie sie den Kranken tröstet, den Tobenden beruhigt, dem Verzweifelnden, allen elterlichen Ermahnungen zum Trotz, helfen will, das ist innerlichste Darstellungskunst.

Unter den übrigen Mitwirkenden ragte Diegelmann als Pächter Gottfried hervor; nicht aufregend aber erfreulich war Elsa Wagner als Brigitte, blasser Ferdinand Gregoris Hartmann von Aue, Wilhelm Voelker (Benedikt) und Bernhard Goetzke (Ottacker) verdienen genannt zu werden. Felix Holländers Einstudierung vermied alle allzu krassen Momente, die die Dichtung zweifellos einschließt, geschickt und milderte das Schreckliche, ohne das Mitleid zu verscheuchen.

Bi.

Selma Fischer-Cwojdzinska, unseren Lesern durch ihren Roman „Mütter" bekannt der jetzt in unserer Unterhaltungsbeilage erscheint, las im Meistersaal eigene Gedichte vor einem sehr zahlreichen Publikum. Die gewandte Form in der sie alle ihre verschiedenen Gedanken kleidet, machen ihre Lyrik zu einer sehr ansprechenden. Am feinsten ist sie in den Stimmungsbildern, die eine Vielseitigkeit und ein Ausdrucksvermögen von überraschender Fülle und Regsamkeit verraten. Ernstes liegt ihr ebensogut wie Heiteres. Im Vortrag freilich belastet sie den Ernst mehr, als es die zarten, echt weiblichen Gebilde eigentlich vertragen. Die Prosanovelle „Striemen" aus dem russischen Steppenleben zeigte die Schriftstellerin als sichere Beherrscherin der knappen an Stimmungen schnell wechselnden Form.

lbd.

Zu einer Kundgebung gegen den Kunstraub als Kriegsziel laden zum Sonntag, 6. April, mittags 12 Uhr, in der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, die Akademie der Künste, der Verein Berliner Künstler, die Freie und die Berliner Sezession, der Bund deutscher Gelehrter und Künstler, der Schutzverband deutscher Schriftsteller, der Verein Berliner Architekten, der Verein Berliner Künstlerinnen, der Deutsche Verein für Kunstwissenschaft, die Deutsche Kunsthistorische Gesellschaft, der Deutsche Werkbund, der Ortsverein der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft, der Frauenkunstverband und der Verband deutscher Illustratoren ein. Otto Grautoff, der das Referat erstattet, Max Liebermann, Adolf Goldschmidt, Theo v. Brockhusen werden das Wort ergreifen. Geplant ist eine Resolution, welche die Regierung auf die unverantwortliche Propaganda französischer Akademien und französischer Verbände aufmerksam machen will und sie auffordert, alle Absichten auf den deutschen Kunstbesitz zurückzuweisen.

Theaterchronik. Im Theater i. d. Königgrätzer Straße findet am Sonntag nachmittag an Stelle der angekündigten Vorstellung „Katzensteg" eine einmalige Aufführung von Ibsens „Rosmersholm" statt. Die Rebekka West wird von Marianne Gonia, der Rosmer von Paul Otto und der Rektor Kroll von Hans Mierendorff dargestellt.

Im Theater am Nollendorfplatz muß wegen Unpäßlichkeit der Frau Grete Freund die heutige Vorstellung „Wo die Lerche singt" ausfallen. Statt dessen wird „Drei alte Schachteln" gegeben.